

Zuwanderungsinitiative bringt Fakten ans Licht

Vieles, worüber im Abstimmungskampf heftig diskutiert wird, war bis vor Kurzem nicht bekannt – eine Übersicht

Von Beni Gafner, Bern

Unabhängig davon, ob die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP am Sonntag in zwei Wochen vom Stimmvolk verworfen oder angenommen wird – die Auseinandersetzung um das Volksbegehren brachte in den vergangenen Wochen Fakten ans Licht, die bis vor Kurzem unbekannt waren. Diese Punkte dürften es denn auch sein, die Bundespolitik und Behörden weiter beschäftigen werden. Insofern kann die Zuwanderungsinitiative für die weitere Politikagenda objektiv als nützlich bezeichnet werden. Durch diesen Erkenntnisgewinn hat die Initiative schon Wirkung entfaltet, bevor sie überhaupt vors Volk gelangt. Nachfolgend die sieben wichtigsten Punkte, die im Zusammenhang mit der Masseneinwanderungs-Initiative auf den Tisch kamen.

Die Schweiz wächst jährlich um rund 80000 Menschen.

Diese Nettoszah war bis zur Lancierung der Zuwanderungsinitiative nur Insidern bekannt, die gerne Bevölkerungsstatistiken studieren oder diese selbst verfassen. Das Ausmass der Bevölkerungsbewegungen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU wurde bis zu diesem Zeitpunkt kaum kritisch hinterfragt. Es galt scheinbar uneingeschränkt die offizielle und nicht weiter verifizierte Sprachregelung von Bundesrat und Verbänden: Das Freizügigkeitsabkommen sei unbedingbare Voraussetzung für den Erfolg der Schweizer Wirtschaft. Unerwünschte Nebenwirkungen des Abkommens rückten erst mit der Auseinandersetzung über Sinn oder Unsinn der SVP-Lösungsvorschläge ins breite Bevölkerungsbewusstsein.

Offensichtliche Fehlankündigungen des Bundesrats aufgedeckt.

Der Bundesrat hat sich bei der Zuwanderungsprognose massiv verschätzt. Im Abstimmungsbüchlein zum ersten bilateralen Paket (Volksabstimmung vom 21. Mai 2000) schrieb der Bundesrat im Zusammenhang mit der Freizügigkeit: «Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste (...), die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet: In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering.» Und er fuhr fort: «Unabhängige Studien kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben.» Der Bundesrat stützte sich damals auf eine Studie, die er bei Wirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar in Auftrag gegeben hatte. Dieser kam zum Schluss, dass sich pro Jahr netto (Zuwanderung abzüglich Rückwanderung) maximal 10000 EU-Bürger zusätzlich in der Schweiz niederlassen werden. Die Realität präsentiert sich frappant anders: Die schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit hatte zur Folge, dass insbesondere seit der vollständigen Öffnung der Grenzen für die alten EU-Länder 2007



Hitzige Tage an der Limmat in Zürich, hitzige Debatte in der Schweiz. Die Zuwanderungsinitiative entfaltet Wirkung, schon bevor das Volk abgestimmt hat. Keystone

die Netto-Einwanderung sprunghaft anstieg: Zwischen 63261 und 76681 Arbeitskräfte kamen seither jedes Jahr in die Schweiz. Vor diesem Hintergrund erfreut sich der Youtube-Film unter dem überzeichneten Titel «Die Lügen der Bundesräte» unter Spöttern wachsender Beliebtheit.

Aufenthaltsbewilligungen für die Arbeitssuche.

Nachfragen von Politikern beim Bundesrat brachten es ans Licht: Die offizielle Aussage, wonach «nur EU-Bürger ins Land kommen, die einen Arbeitsvertrag haben», ist unzutreffend. Im Dezember nannte der Bundesrat Zahlen über Stellensuchende, die im Rahmen des freien Personenverkehrs auf gut Glück in die Schweiz einreisen. Nach drei Monaten können sie eine Aufenthaltsbewilligung für weitere drei Monate Arbeitssuche verlangen. Die Zahl der so erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen (L) an EU-Staatsangehörige ist von 2876 (2010) auf 4080 (2012) gestiegen. Von Januar bis August 2013 wurden 3238 Bewilligungen ausgestellt. Hochgerechnet bis Ende des vergangenen Jahres ergibt dies eine Zahl von 4857 Stellensuchenden aus dem EU-Raum. Die abschliessende Zahl für 2013 liegt nicht vor. Auch dies ist neu: 36 Prozent aller von 2010 bis August 2013 erteilten Aufenthaltsbewilligungen

für die Arbeitssuche wurden an portugiesische Staatsangehörige erteilt, gut 18 Prozent an deutsche, knapp neun Prozent an italienische und 7,25 Prozent an spanische Staatsangehörige.

Steigende Unterstützung für EU-Zuzüger aus der Arbeitslosenkasse.

Eine neue Aussage machte der Bundesrat auch zu den ausbezahlten Arbeitslosengeldern an Personen aus der EU. Ständerat Thomas Minder (SH) verlangte hier einen Vergleich zwischen heutigen Leistungen und jenen aus der Zeit vor Einführung der Personenfreizügigkeit. Gemäss Bundesrat ist der Anteil der geleisteten Taggeldentschädigungen an Personen aus EU- und EFTA-Staaten von 18,8 Prozent im Jahr 2001 auf 23,2 Prozent im Jahr 2010 gestiegen. Dies bedeutet eine Zunahme um einen knappen Fünftel. 23,2 Prozent der Taggeldentschädigung der Arbeitslosenversicherung erhielten EU-/EFTA-Staatsangehörige.

Sozialhilfe für Unberechtigte.

Im Abkommen über die Personenfreizügigkeit gibt es keinen Anspruch auf das Sozialsystem. Trotzdem zahlen Behörden Sozialhilfe. Auch dies war unbekannt. Zuwanderer suchen hier Arbeit. Und wenn es nicht klappt oder wenn sie kein Arbeitslosengeld mehr erhalten,

dann melden sie sich bei der Sozialbehörde. Diese geht je nach Region offenbar davon aus, dass den Leuten eine Leistung zusteht. Eine Übersicht über so ausbezahlte Sozialhilfegelder gibt es nicht. Es fehlen statistische Angaben. Der Bundesrat sah sich trotzdem zu einer Reaktion veranlasst und kündigte eine «schweizweit verbindliche Regelung» an: Wer aus der EU lediglich zur Stellensuche kommt, soll keine Sozialhilfe erhalten. Mit einer Verordnungsänderung will der Bundesrat ausserdem sicherstellen, dass EU-Bürgern eine Niederlassungsbewilligung verweigert wird, falls sie in den vorangegangenen zwölf Monaten arbeitslos waren. Eine Revision des Ergänzungsgesetzes soll es den Behörden sodann ermöglichen, das Aufenthaltsrecht von bestimmten EU-Zuzüglern zu überprüfen.

Missbrauchsfälle aufgedeckt.

Erst in diesen Tagen wurde bekannt, dass sich die Zahl jener erhöht, die wegen der Personenfreizügigkeit mit unlauteren Mitteln zu einer Aufenthaltsbewilligung kommen. Die «NZZ am Sonntag» berichtete von einem Berner Geschäftsmann im Gastrobereich, der Briefkastenfirmen gründete und über solche Firmen EU-Ausländern Scheinarbeitsverträge ausstellte. Offenbar kein Einzelfall. Die «Berner Zeitung»

berichtet von mehreren Fällen, die sich allein in der Bundesstadt immer nach dem gleichen Muster vollziehen. Kleine Firmen mit wenigen Angestellten holen zusätzliche Arbeitskräfte aus EU-Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit. Die Einwanderer zahlen Geld und erhalten dafür vom Schweizer Arbeitgeber einen unbefristeten Arbeitsvertrag – und damit auch eine Aufenthaltsbewilligung für fünf Jahre. Nach einigen Monaten löst der Schweizer Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis auf. Die EU-Ausländer haben dann das Recht, während sechs Monaten Arbeitslosengelder zu beziehen. Der Chef der Berner Fremdenpolizei berichtet, dass sich die Betroffenen trotz der Täuschung oft auf dem Rechtsweg dagegen wehren, die Schweiz wieder verlassen zu müssen.

Die meisten sind nicht werktätig und auch nicht hochqualifiziert.

Die Bruttozuwanderungszahlen aus der EU-27 und der EFTA für das Jahr 2012 zeigen es: Die grössten Einwanderungszahlen betreffen den Familiennachzug von Angehörigen, die eine Stelle gefunden haben. 23779 kamen im Rahmen des Familiennachzugs in die Schweiz. An zweiter Stelle kommen Personen mit einer «nicht bestimmbarer Berufstätigkeit». Es waren 9748 Personen. Am drittmeisten kamen für Aus- und Weiterbildungszwecke ins Land, nämlich 7039.

ANZEIGE

Die **BaZ** präsentiert

Donnerstag, 23. Januar, 19.00 Uhr
(Türöffnung 18.00 Uhr)

Congress Center Basel
beim Messeplatz

Eintritt frei

Basler Zeitung

Das grosse Streitgespräch zur **Masseneinwanderungs-Initiative**

Pro



Christoph Blocher

Nationalrat ZH, SVP, Unternehmer



Thomas Minder

Ständerat SH, parteilos, Unternehmer

Contra



Christoph Mäder

GL-Mitglied Syngenta, Präsident Scienceindustries



Marc Jaquet

Präsident Arbeitgeberverband Basel, Unternehmer

Moderation



Markus Somm

Chefredaktor Basler Zeitung